

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europausschuss

51. Sitzung

am Mittwoch, dem 17. September 2003, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 136 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Gisela Böhrk (SPD)

Astrid Höfs (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Thorsten Geißler (CDU)

Uwe Greve (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bilanz der 12. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 8. bis 9. September 2003 in Oulu/Finnland	5
Berichterstatter: Landtagspräsident Heinz-Werner Arens hierzu: Umdruck 15/3712	
2. Aktionsplan 2004 bis 2006 zur Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt, KOM (2003) 449 vom 24. Juli 2003	8
Umdruck 15/3670 Berichterstatterin: Referentin Ina Held, Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	
3. Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses der Regionen (AdR)	10
Umdruck 15/3674 Berichterstatterin: Abg. Ulrike Rodust	
4. Entschließung zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit	11
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2441 (überwiesen am 20. Februar 2003 an den Innen- und Rechtsausschuss und an alle übrigen Ausschüsse) hierzu: Umdrucke 15/3134, 15/3135, 15/3143, 15/3336, 15/3399, 15/3443, 15/3464, 15/3475, 15/3485, 15/3487, 15/3488, 15/3500, 15/3536, 15/3554	
5. Europäischer Verfassungskonvent	12
Mündlicher Bericht der Landesregierung (überwiesen am 20. Juni 2003 zur abschließenden Beratung)	

6. Bericht über die Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum: Bisherige Tätigkeit (2001 bis 2003) und Weiterführung (2004 bis 2006) 13

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2813 (neu)

(überwiesen am 29. August 2003 zur abschließenden Beratung)

7. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark 14

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2731

(überwiesen am 29. August 2003 zur abschließenden Beratung)

8. Aktuelle Situation in Kaliningrad 15

Berichterstatter: Alexander Songal, Leiter der Abteilung für auswärtige Beziehungen in der Kaliningrader Gebietsduma

9. Verschiedenes 17

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bilanz der 12. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 8. bis 9. September 2003 in Oulu/Finnland

Berichterstatter: Landtagspräsident Heinz-Werner Arens

hierzu: Umdruck 15/3712

LP Arens verweist zu Beginn seines Berichtes auf die von der Ostseeparlamentarierkonferenz verabschiedete Resolution zu den diesjährigen Schwerpunktthemen „Wissensgesellschaft im Ostseeraum“ und „Schiffssicherheit“, Umdruck 15/3712.

Im Zusammenhang mit dem Themenschwerpunkt „Wissensgesellschaft im Ostseeraum“ führt er unter anderem aus, angesichts der sich verändernden Welt sei die Politik gefordert, die digitale Integration voranzutreiben. Es gelte, für möglichst alle Menschen der Ostseeregion die finanziellen, technischen und bildungsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen, damit sie auf dem Weg in die Wissensgesellschaft Schritt halten könnten. Aufgrund dieser Erkenntnis habe sich die 12. Ostseeparlamentarierkonferenz mit dem Thema Wissensgesellschaft auseinandergesetzt und festgestellt, dass die Stärkung der wissensbasierten Gesellschaft in der Ostseeregion politischer und praktischer Unterstützung bedürfe, unter anderem durch die Förderung der Mobilität durch Stipendien, die Harmonisierung der Austauschregeln, die Vereinfachung des Visaregimes und der Harmonisierung der Studienbedingungen. Die Förderung von gemeinsamen Projekten und Forschungsprogrammen müsse hierbei ebenso zentrales Anliegen sein wie die Sprachenausbildung und die Unterstützung der virtuellen Mobilität.

LP Arens berichtet weiter, im Gegensatz zu der eher analytischen Auseinandersetzung mit dem Thema Wissensgesellschaft im Ostseeraum seien beim Thema „Schiffssicherheit“ auf der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz substantielle Fortschritte erreicht worden. Nach intensiven Auseinandersetzungen habe sich die 12. Ostseeparlamentarierkonferenz auf die Forderung verständigt, die gesamte Ostsee als besonders sensibles Seegebiet (PSSA - Particularly Sensitive Sea Area) auszuweisen.

Er bezeichnet dieses Ergebnis als einen großen Durchbruch, der zur weiteren Verbesserung der maritimen Sicherheit im Ostseeraum beitragen werde. Damit bestünden begründete Hoff-

nugen dass durch den politischen Druck der parlamentarischen Ebene alle Ostseeanrainerstaaten einen gemeinsamen Antrag bei der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO - International Maritime Organisation) stellen könnten. Bei Anerkennung der Ostsee als besonders sensibles Seegebiete werde es dann möglich sein, für große Öl- und Chemietanker eine Lotsenpflicht in der Ostsee einzuführen.

Als weitere Punkte spricht LP Arens die Weiterentwicklung und zukünftige Rolle des Ostseerates vor dem Hintergrund der durch die EU-Erweiterung zu erwartenden veränderten Rahmenbedingungen an und berichtet, die Ostseeparlamentarier hätten erklärt, dass sie einen Abbau des Ostseerates, wie er sich schon bei der Entscheidung, die Stelle der Beauftragten des Ostseerates für demokratische Entwicklung Ende des Jahres 2003 auslaufen zu lassen, widerspiegeln, nicht hinnehmen werden, sondern ihre eigenen Entscheidungsstrukturen vielmehr stärken wollten.

Als letzten Punkt geht LP Arens auf das Projekt der Ostseejugendstiftung ein, zu dem die Vorsitzende des ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz in ihrem Bericht in Oulu an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer appelliert habe, es im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen und für Stifter zu werben.

Abschließend weist LP Arens auf die nächste Ostseeparlamentarierkonferenz hin, die vom 29. bis 31. August 2004 in Bergen stattfinden werde.

In der anschließenden Aussprache richtet Abg. Dr. Kötschau zunächst noch einmal den Appell an alle Ausschussmitglieder, sich in ihren Fraktionen und darüber hinaus für die Errichtung der Ostseejugendstiftung stark zu machen. Außerdem regt sich an, dass sich der Ausschuss auch noch einmal mit dem Europaausschuss der Hamburger Bürgerschaft und den anderen Europaausschüssen der norddeutschen Bundesländer zusammensetzen und gemeinsam mit ihnen die Initiative vorantreiben solle. Der Vorsitzende stellt den Konsens aller Ausschussmitglieder darüber fest, dass die Ostseejugendstiftung ein wichtiges Projekt sei. Er erinnert daran, dass er in dieser Sache schon einmal an die Europaausschüsse der anderen norddeutschen Bundesländer herangetreten sei, schlägt aber vor, aus Anlass der Ostseeparlamentarierkonferenz, bei der die Ostseejugendstiftung erneut Thema gewesen sei, diese Initiative zu wiederholen und auch einen ähnlichen Appell an den Europaausschuss des Bundes zu richten.

Die Ausschussmitglieder möchten wissen, inwieweit sie sich an den Beratungen über die zukünftige Rolle des Ostseerates beteiligen können. LP Arens erklärt, dass Standing Committee werde zunächst einige Vorschläge diskutieren und erarbeiten und er schlägt vor, dass er den

Ausschuss dann, sobald ein Entwurf eines Arbeitspapiers vorliege, darüber informieren und in die Diskussionen darüber mit einbeziehen werde.

Der Vorsitzende greift eine Wortmeldung von Abg. Spoorendonk auf, im Ausschuss zu diskutieren, welche Ziele für die Ostseezusammenarbeit formuliert werden könnten und dies mit einer Stärken/Schwächenanalyse zu erarbeiten. Er regt an, auf einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses einen entsprechenden Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung zu nehmen. In diesem Zusammenhang weist er weiter darauf hin, dass der Ausschuss sich in einer Sitzung unter Beteiligung der Landesregierung auch noch mit den Konsequenzen aus der Veränderung im Ostseerat beschäftigen müsse.

Die Ausschussmitglieder begrüßen die Beschlüsse der Ostseeparlamentarierkonferenz zur Schiffssicherheit und diskutieren in diesem Zusammenhang über die Rolle Russlands bei den Beratungssitzungen der Ostseeparlamentarierkonferenz. LP Arens und LD Dr. Schöning machen deutlich, dass Russland, das inzwischen auch eine vollständige Delegation zu den Sitzungen der Ostseeparlamentarierkonferenz entsende, inzwischen zu einem voll berechtigten Verhandlungspartner geworden sei, von allen anerkannt werde und sich auch entsprechend verhalte.

LP Arens erklärt abschließend, dass sich die russischen Parlamentarier beim Thema Schiffssicherheit auf der diesjährigen Konferenz zum ersten Mal bewegt hätten und deutlich geworden sei, dass sie dieses Thema als Ziel in Zukunft anerkennen und unterstützen werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Aktionsplan 2004 bis 2006 zur Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt, KOM (2003) 449 vom 24. Juli 2003

Umdruck 15/3670

Berichterstatlerin: Referentin Ina Held, Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Ref. Held vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur stellt kurz die Eckpunkte des Aktionsplans 2004 bis 2006 zur Förderung des Sprachenlernens und der Sprachenvielfalt, Umdruck 15/3670, vor.

Sie führt unter anderem aus, die Landesregierung begrüße grundsätzlich die Zielsetzungen des Aktionsplans und versuche, diese im Rahmen ihrer Möglichkeiten aufzugreifen und umzusetzen. Ausdrücklich weist sie noch einmal darauf hin, dass in der Präambel des Aktionsplans deutlich werde, dass jedes Mitgliedsland auf der Grundlage des Plans sein eigenes Aktionsprogramm - angepasst an die jeweiligen Rahmenbedingungen - aufbauen und im Jahre 2007 ein Bericht vorgelegt werden müsse.

Ref. Held spricht als Schwerpunkte der schleswig-holsteinischen Umsetzung die Implementierung des Fremdsprachenlernens, möglichst zweier Sprachen, im Grundschulbereich an, auch wenn dies zurzeit noch nicht wie gewünscht realisierbar sei. Darüber hinaus nennt sie als weitere Schwerpunkte das Sprachenlernen in der Sekundarstufe I, den Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen außerhalb eines Fachstudiums durch Auslandsaufenthalte, Austausch und so weiter, und die Integration von internationalen Lehrkräften an die Schulen in Schleswig-Holstein. Sie erklärt weiter, Probleme sehe die Landesregierung im Moment vor allen Dingen im Hinblick auf die Bezahlung eines berufsbegleitenden Fortbildungsganges.

Insgesamt begrüßt sie noch einmal die im Aktionsplan festgeschriebenen Zielsetzungen und erklärt, die Landesregierung unterstütze diese Forderungen und werde versuchen, diese für das Land nutzbar zu machen.

In der anschließenden Aussprache spricht Abg. Rodust noch einmal das Problem der fehlenden Sprachassistenten an den Schulen in Schleswig-Holstein an und möchte wissen, inwieweit der Aktionsplan der EU-Kommission hierfür Lösungen vorsehe. Ref. Held erklärt, dass die Problematik der fehlenden Sprachassistenten vor allen Dingen bei den Ländern zu sehen

sei, die die Lehrkräfte als Sprachassistenten nach Deutschland schicken sollten. Die Zahl der Interessenten sei einfach zu gering.

Auf die weitere Frage von Abg. Rodust, inwieweit Gespräche mit der Wirtschaft zum berufsbegleitenden Lernen geführt würden, weist Ref. Held darauf hin, dass hier alle Möglichkeiten genutzt werden müssten und auch genutzt würden und insoweit auch Gespräche zu potentiellen Firmen und Berufskreisen aufgenommen werden müssten.

Abg. Geißler ist der Auffassung, dass es in Deutschland vor allen Dingen daran fehle, Sprachkompetenz durch die Medien erwerben zu können, da das gesamte Fernsehprogramm synchronisiert werde. Ref. Held erklärt, sie könne nicht sagen, in welcher Form das Thema Synchronisation zum Beispiel auf der Kultusministerkonferenz ein Thema sei, sie bezweifle jedoch, dass fremdsprachige Filme im Fernsehen allein einen durchschlagenden Erfolg für den Erwerb einer Fremdsprache erzielen könnten. Abg. Böhrk regt an, das Thema Synchronisation von Fernsehsendungen und Filmen im Originalton auf der gemeinsamen Sitzung der Innenausschüsse der norddeutschen Bundesländer zum Thema Landesrundfunkanstalten noch einmal aufzugreifen.

Ref. Held bestätigt die Auffassung von Abg. Ritzek, dass es sich bei den in dem vorliegenden Papier genannten Zielen nicht um etwas fundamental Neues handle, erklärt aber, dass das Papier dennoch zu begrüßen sei, da jede Bemühung, das Fremdsprachenlernen voranzutreiben und dieses immer wieder anzumahnen, unterstützenswert sei.

Auf die Frage von Abg. Behm, inwieweit die großen vorhandenen Sprachgruppen in Schleswig-Holstein, zum Beispiel die Türken und Polen, als Potential genutzt werden sollten, antwortet Ref. Held, dass bei einem entsprechenden Klientel an einer Schule auch darüber nachgedacht werden müsse, zum Beispiel die Sprachen Türkisch oder Polnisch in die Stundentafel mit aufzunehmen.

Der Vorsitzende kündigt an, dass der Ausschuss den Prozess des Aktionsplanes weiter begleiten und die politische Diskussion - eventuell im Zusammenhang mit den Minderheitensprachen - wieder auf die Tagesordnung setzen werde.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses der Regionen (AdR)

Umdruck 15/3674

Berichterstatterin: Abg. Ulrike Rodust

Abg. Rodust berichtet über die Tätigkeit des Ausschusses der Regionen (AdR) und gibt anhand mehrerer Beispiele einen Einblick in die tägliche Arbeit des Ausschusses AdR.

Nach einer kurzen Beschreibung des organisatorischen Aufbaus und der Gliederung des AdR erläutert Abg. Rodust beispielhaft an einer Plenartagung den Ablauf der Beratungen und den Gang einer Vorlage durch die Gremien.

Auf eine Nachfrage von Abg. Ritzek betont sie, dass es selbstverständlich die grundsätzlichs-te Aufgabe des Ausschusses der Regionen sei, auf die Subsidiarität zu achten. Das gehe schon aus dem Auftrag des Gremiums hervor. Auch wenn der AdR in erster Linie beratende Funktion habe, hätten die Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Verfassungskonvent gezeigt, dass diese beratende Funktion ernst genommen werde.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entschließung zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2441

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse)

hierzu: Umdrucke 15/3134, 15/3135, 15/3143, 15/3336, 15/3399, 15/3443,
15/3464, 15/3475, 15/3485, 15/3487, 15/3488, 15/3500,
15/3536, 15/3554

Der Ausschuss stellte seine Beratungen zum Antrag der Fraktion der CDU, Entschließung zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit, Drucksache 15/2441, bis zur Vorlage des Beschlusses des federführenden Innen- und Rechtsausschusses zurück.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Europäischer Verfassungskonvent

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 20. Juni 2003 zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere Aussprache nahmen die Ausschussmitglieder den vom Landtag überwiesenen mündlichen Bericht der Landesregierung zum Europäischen Verfassungskonvent abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht über die Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum: Bisherige Tätigkeit (2001 bis 2003) und Weiterführung (2004 bis 2006)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2813 (neu)

(überwiesen am 29. August 2003 zur abschließenden Beratung)

Abg. Dr. Kötschau bittet die Landesregierung im Zusammenhang mit dem Bericht der Landesregierung über die Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum um die schriftliche Beantwortung mehrerer Fragen.

Sie möchte zum einen wissen, ob die Arbeit in den Büros im Ostseeraum nicht noch stärker durch die Zusammenarbeit mit anderen norddeutschen Bundesländern oder auch mit anderen Staaten vernetzt werden könne, um zu weiteren Synergieeffekten zu kommen.

Zweitens fragt sie, ob die Arbeit in bestimmten Bereichen, den Schwerpunktbereichen in Schleswig-Holstein - im Energiesektor, bei der Medizintechnik und der Gesundheit -, nicht noch verstärkt und entsprechend in den Vorgaben der Landesregierung für die Arbeit der Büros festgelegt werden könne.

Außerdem sei sie der Auffassung, dass die Landesregierung im Gesundheitsbereich gezielt Kontakte zur Russischen Föderation und zu den baltischen Staaten, vielleicht auch zu Polen, zur Patientenrekrutierung aufnehmen sollte - in Anlehnung an die gut funktionierenden Kooperationen mit Norwegen und Schweden auf diesem Gebiet. Sie erklärt, gerade in den östlichen Staaten gebe es Menschen, die für eine gute gesundheitliche Behandlung und Versorgung gut bezahlen könnten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung über die Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum: Bisherige Tätigkeit (2001 bis 2003) und Weiterführung (2004 bis 2006), Drucksache 15/2813 (neu), anschließend zur Kenntnis

Punkt 7 der Tagesordnung:

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2731

(überwiesen am 29. August 2003 zur abschließenden Beratung)

Die Ausschussmitglieder nehmen in Aussicht, sich in einer ihrer nächsten Sitzungen mit dem Thema Pendler und Grenzgänger, Arbeit auf beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze, zu befassen und dazu den Leiter des EURES-Büros beim Arbeitsamt Flensburg, Herrn Köhler, einzuladen.

Der Ausschuss nimmt anschließend den Bericht der Landesregierung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark, Drucksache 15/2731, zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Aktuelle Situation in Kaliningrad

Berichterstatter: Alexander Songal, Leiter der Auswärtigen Abteilung für auswärtige Beziehungen in der Kaliningrader Gebietsduma

Herr Songal, Leiter der Abteilung für Auswärtige Beziehungen in der Kaliningrader Gebietsduma, informiert die Ausschussmitglieder über die aktuelle Situation in Kaliningrad.

Er führt unter anderem aus, die Einigung zwischen Russland und der EU in der Visafrage werde nun langsam in die Realität umgesetzt und es sei festzustellen, dass die Umsetzung besser funktioniere, als zu erwarten gewesen sei. Dennoch gebe es zum Teil riesige Warteschlangen vor den Visastellen und immer wieder neue Probleme.

Weiter spricht er den Gesetzentwurf über die Sonderwirtschaftszone an, der zurzeit bei der Regierung liege, und erklärt, er gehe davon aus, dass über den Gesetzentwurf nicht mehr vor der anstehenden Wahl entschieden werde.

Er berichtet weiter über die Entscheidung Brüssels, für Kaliningrad ein TACIS-Programm zu bewilligen. Dieses Geld dürfe jedoch nicht für Infrastrukturmaßnahmen genutzt werden, sondern solle für den Bereich Gesundheit, die Unterstützung von operativen Organen und die grenzüberschreitende Kooperation eingesetzt werden.

Herr Songal berichtet weiter über Umstrukturierungen innerhalb der Kaliningrader Regierung und erklärt, dass den anstehenden föderalen Wahlen eine besondere Bedeutung zukomme.

Im Zusammenhang mit der Frage der Errichtung ausländischer Konsulate in Kaliningrad informiert er darüber, dass das Auswärtige Ministerium inzwischen die Genehmigung für ein deutsches Konsulat in Kaliningrad erteilt habe, jetzt jedoch noch auf eine Entscheidung der Regierung gewartet werden müsse.

Im Übrigen weist er auf die besonderen Probleme mit der Wasserversorgung in Kaliningrad hin, die zurzeit dazu führten, dass die Wasserversorgung stark eingeschränkt sei.

Im Zusammenhang mit einer Nachfrage von Abg. Dr. Kötschau zum Gesetz über die Sonderwirtschaftszone führt Herr Songal aus, Hauptproblem bei der Bearbeitung des Gesetzentwurfs

in der Regierung sei die Frage, wer die Verwaltung der Sonderwirtschaftszone leiten solle. Bisher sei die Gebietsadministration hierfür zuständig gewesen. Nun seien Stimmen in Moskau laut geworden, die einen russischen föderalen Vertreter als Leiter der Verwaltung mit der Begründung einsetzen wollten, dass Moskau sich an der Finanzierung beteilige.

Auf die Nachfrage von Abg. Ritzek, ob es schon konkrete Projekte im Zusammenhang mit dem bewilligten TACIS-Programm gebe, antwortet Herr Songal abschließend, dass es zwar eine Reihe von konkreten Projekten gebe, er jedoch aus dem Stand hierzu keine Einzelheiten ausführen könne.

Punkt 9 der Tagesordnung:#

Verschiedenes

RL Schmidt Holländer verweist auf die Tischvorlage zur Informationsreise des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom 20.10. bis 24.10.2003 nach Straßburg und Brüssel und bittet die Ausschussmitglieder, gegebenenfalls ergänzende Programmwünsche anzumelden.

Der Vorsitzende, Abg. Fischer, schließt die Sitzung um 12:35 Uhr.

gez. Rolf Fischer
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin